

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Blick in die Weltpresse: The New York Times - Das Lastwagengeschäft mit Moskau; The Financial Times - Japan zum Entgegenkommen bereit; Le Combat - Das Weiße Haus und die Presse; International Herald Tribune - Schläfer erwacht; Le Monde - Ruhige Bauern; Time - EWG: und wenn Großbritannien nein sagt?; Far Eastern Economic Review - Die verratene Seele

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1971) : Blick in die Weltpresse: The New York Times - Das Lastwagengeschäft mit Moskau; The Financial Times - Japan zum Entgegenkommen bereit; Le Combat - Das Weiße Haus und die Presse; International Herald Tribune - Schläfer erwacht; Le Monde - Ruhige Bauern; Time - EWG: und wenn Großbritannien nein sagt?; Far Eastern Economic Review - Die verratene Seele, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 51, Iss. 7, pp. 339-340

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134282>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

BLICK IN DIE WELTPRESSE

Kommentare zu Themen, die in den vergangenen Wochen in der Weltpresse einen breiten Raum einnahmen.

THE NEW YORK TIMES

Das Lastwagengeschäft mit Moskau

New York, 28. 6. 1971: Die Nachricht, daß die Mack Trucks Inc. mit der Sowjetregierung einen Vorvertrag über Planung und Ausrüstung des größten Lkw-Werks der Welt unterzeichnet hat, zeigt, daß die Geschichte zu Wiederholungen neigt. In den 20er und 30er Jahren, in den frühen Stadien der sowjetischen Industrialisierung, wurden viele Fabriken, Berg- und Kraftwerke usw. in gleicher Weise von Amerikanern geplant und mit amerikanischen Maschinen ausgerüstet.

Insbesondere im Hinblick auf die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und die Zahlungsbilanzschwierigkeiten der USA sprechen gute Gründe für einen verstärkten Handel mit der UdSSR. Politisch hat sich die Atmosphäre ... entspannt. Außerdem wünscht die amerikanische Regierung, nachdem sie kürzlich den Handel mit China erleichtert hat, eine unparteiische Haltung einzunehmen, indem sie auch die Chancen des sowjetisch-amerikanischen Handels verbessert.

So willkommen der Vertrag der Firma Mack Trucks auch ist, so ist jedoch einige Vorsicht bei der Beurteilung der Größenordnung eines sowjetisch-amerikanischen Handelsaustauschs in den aller-nächsten Jahren geboten. Nach allen bisherigen Erfahrungen wird die Sowjetunion ihren Export nach den USA steigern wollen, wenn sie mehr von dort beziehen soll. Möglichkeiten für große und baldige Erhöhungen amerikanischer Bezüge aus der UdSSR sind jedoch schwer auszumachen.

THE FINANCIAL TIMES

Japan zum Entgegenkommen bereit

London, 28. 6. 1971: Importliberalisierung ist nur eine der Maßnahmen, die die übrige Welt von Japan fordert, um die internationalen Auswirkungen seiner massiven Zahlungsbilanzüberschüsse zu mildern. Weiterer Druck wird auf Japan ausgeübt, seine Investitionen im Ausland zu liberalisieren und mehr Auslandsinvestitionen im eigenen Land zuzulassen, damit Ausländer an seinem be-

merkenswerten Wirtschaftswachstum leichter teilhaben können.

Von Ministerpräsident Sato wird erwartet, daß er in den nächsten Monaten in diesen Fragen Entgegenkommen zeigen wird ... Während Japans Kritiker diese Maßnahmen begrüßen, gibt es aber noch ein weiteres Problem, dessen Lösung ... noch nicht nähergekommen ist. Japan ist noch nicht bereit, den Yen aufzuwerten, obwohl nach Übereinstimmung der übrigen Welt der Zeitpunkt dafür längst gekommen ist.

Japans Beziehungen zu den USA sind einer Krise gefährlich nahegekommen, da die Handelsbilanz der beiden Länder in den letzten Monaten immer ungleichgewichtiger geworden ist. Die Amerikaner scheinen sich davon überzeugt zu haben, daß nichts als eine kräftige Aufwertung die Dinge wieder in Ordnung bringen wird. Selbst Anspielungen darauf sind zu hören, daß das Okinawaabkommen gefährdet werden könnte, falls das Land nicht aufwertet.

Le Combat

Das Weiße Haus und die Presse

Paris, 27. 6. 1971: Es gereicht der amerikanischen Gesellschaft zur Ehre, daß in ihr eine derartige Konfrontation zwischen ihrer Regierung, die Geheimnisse der Exekutive zu verbergen trachtet, und einer Presse, die das Recht des Staatsbürgers auf Information vertritt, möglich ist — und daß der Sieg der Regierung nicht von vornherein feststeht. Folgende Frage stellt sich: Haben die Bürger eines Landes ein Recht darauf zu erfahren, daß sie getäuscht wurden, oder muß Schweigen gewahrt werden, damit das Prestige der Regierung nicht leidet? Unserer Meinung nach unterliegt die Antwort darauf keinem Zweifel, um so mehr, als wahrscheinlich nicht die Reputation der USA leidet, wie das Weiße Haus behaupten möchte, sondern das Ansehen gewisser Politiker.

INTERNATIONAL
Herald Tribune
Published with The New York Times and The Washington Post

Schläfer erwacht

Paris, 30. 6. 1971 (Richard Harwood): Der anhaltende Sturm der Entrüstung über die Pentagon-Studie enthält für alle von uns eine Lehre. Die Presse lernt aus dieser Episode und dem natio-

nalen Gedächtnisschwund seit 1964, daß ihre Wirkung auf die öffentliche Meinung in den USA tragischerweise beschränkt ist. Die Substanz, und in einigen Fällen sogar genaue Einzelheiten, von allem, was die Washington Post und die New York Times aus der Pentagon-Studie veröffentlichten, ist altehrwürdige Geschichte. Fast alles wurde bereits publiziert, während es geschah. Aber es war ein in hohem Maße nutzloses Unterfangen — weder Öffentlichkeit noch Politiker nahmen Notiz davon.

Eines können Öffentlichkeit und Politiker aus dieser Erfahrung lernen: Wenn sie schlafend die Hinterbänke drücken, während ihr Schicksal zur Debatte steht, haben sie nach ihrem Erwachen wenig Grund, „üble Täuschungsmanöver“ zu schreien und nach Sündenböcken zu suchen.

Le Monde

Ruhige Bauern

Paris, 1. 7. 1971: Großbritanniens Bauern gehörten niemals zu den Letzten, die gegebenenfalls Alarm schlugen. Gegenwärtig ist aber ihre mächtige Lobby bemerkenswert ruhig. Dieses Schweigen deutet auf ihre Zufriedenheit hin. Und warum sollten sie nicht zufrieden sein? Zum erstenmal seit über einem Jahrhundert sehen sie sich angemessen gegen billige Lebensmitteleinfuhren geschützt. Gleichzeitig wird ihnen die Agrarpolitik der Gemeinschaft garantierte Preise zubilligen, die beträchtliche Steigerungen ihrer Einkommen bedeuten.

TIME

EWG: Und wenn Großbritannien nein sagt?

New York, 28. 6. 1971: Was geschieht, wenn Großbritannien der EWG nicht beitrifft? Viele Europäer finden diese Vorstellung so entmutigend, daß sie darüber nicht einmal nachdenken wollen ... Natürlich hat der Gemeinsame Markt auch ohne britische Teilnahme 14 Jahre überstanden, aber ohne Erweiterung und mehr politische Integration hat er die Grenzen seiner Entwicklung erreicht. Wenn England nicht beitrifft, werden auch Dänemark, Irland und Norwegen darauf verzichten, da ihre Handelsstrukturen von London abhängen. Gemeinsame Währung und Außenpolitik würden vielleicht nicht zustande kommen, da sie einen politischen Willen voraussetzen, den die Sechs aufgrund ihrer alten Rivalitäten und Animositäten allein nicht aufbringen.

England selbst würde den schwersten Rückschlag von allen erleiden ... Die wirtschaftlichen Auswirkungen wären genau so schlimm wie die poli-

tischen. Gegner der EWG wie Prof. N. Kaldor, der Wirtschaftsberater der Regierung Wilson war, behaupten, daß England außerhalb der EWG bleiben muß, um seine Wirtschaft reformieren und wiederbeleben zu können. Befürworter der EWG argumentieren jedoch, daß England sowohl den zollfreien Zugang zum größeren europäischen Markt als auch schärferen Wettbewerb im Binnenmarkt dringend benötigt, um seine Industrie und seine schwerfälligen Gewerkschaften aus ihrer Lethargie zu reißen.

FAR EASTERN ECONOMIC REVIEW

Die verratene Seele

Hongkong, 25. 6. 1971: Dieses Mal, in Ostpakistan, können nicht die „Imperialisten“ für den Mord an Zehntausenden, die barbarische Behandlung unschuldiger Zivilisten und die verzweifelte Flucht von 6 Mill. Bengalen verantwortlich gemacht werden. Dieses Mal wird Peking angeklagt ... Pekings Freunde sind jetzt Zeugen einer „Partnerschaft der Zerstörung“ zwischen Westpakistan und China. Sie können sich nur wundern, welcher schäbige Opportunismus Peking den Mut gab, während des Blutbades in Ostpakistan große Hilfeleistungen für eine Militärregierung anzukündigen, die mutwillig ein Veto gegen den Wahlerfolg des ostpakistanischen Scheichs Mujib beschloß — ein Militärregime, das eine wilde, mit chinesischen Waffen ausgerüstete Soldateska auf ein Volk losließ, das lange Zeit Mao-Tse-tung als seinen Helden verehrte.

Krieg, Völkermord, Hungersnot und Epidemien sind nach Ansicht von Zynikern Asiens natürliches Schicksal. Nach ihrer Meinung ist Ostpakistan nur ein extremes Beispiel der Katastrophen, die dieses Gebiet periodisch heimsuchen. Aber Chinas Gleichgültigkeit gegenüber der Vernichtung des bengalischen Ostpakistan beschmutzt sein Image politischer Vertrauenswürdigkeit ... China hatte immer stolz behauptet, daß es ungleich den sowjetischen „sozialistischen Imperialisten“ niemals die Schreie der Unterdrückten ignorieren würde. Doch indem China jetzt darauf besteht, daß Ostpakistans Tragödie ein innenpolitisches Problem sei, und seine Bereitschaft erklärte, das Militärregime Yahya Khans gegen äußere Interventionen zu verteidigen, spielt es nach denselben Regeln, die es sonst verabscheut.

Nicht nur China allein läßt Ostpakistan einen qualvollen Tod sterben. Die UNO versucht zweifelt, jede Verwicklung zu vermeiden ... Aber wo andere Gleichgültigkeit zeigten, lieferte China dem Henker den Strick. Es hat nicht mehr — sondern erschreckenderweise weniger — Moral bewiesen als die übrigen Nationen, und verriet damit die Seele seiner Revolution.